



Dr. Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Steuerhinterziehung konsequenter bestrafen, aber Altfälle mit Augenmaß abarbeiten

Deutschlands Eliten sind nervös. Seit die Steueroasen in der Nachbarschaft trocken gelegt werden und der Fiskus sich nicht zu fein ist, in Kopfgeldjägermanier Konteninformationen anzukaufen, müssen Zehntausende um ihre Entdeckung fürchten. Die Selbstanzeige vermeidet zwar die Bestrafung. Dafür zerstört die moralische Entrüstung Karrieren, bürgerliche Existenzen und öffentliches Ansehen. Prominente werden in den Medien an den Pranger gestellt.

Steuergestaltung und -hinterziehung war jahrzehntelang ein Breitensport der besseren Stände. Bei hohen Grenzsteuersätzen war die Versuchung für viele unwiderstehlich, ihr Geld vor dem Fiskus zu verbergen. Das Risiko war gering, denn der Fiskus schaute nicht so genau hin, und die Steueroasen hielten dicht. Nicht nur bei der Steuerhinterziehung haben sich die moralischen Standards verschärft. Auch in anderen Bereichen schaut man heute genauer hin – sei es bei Dissertationen, dem persönlichen Verhalten von Politikern und Managern oder bei der Einhaltung von Anti-Korruptions- und Corporate-Governance-Regeln durch Unternehmen.

Sicher ist es ein gesellschaftlicher Fortschritt, dass Klüngel, Korruption, Durchstechereien, Plagiate, Sexismus, Mobbing oder (Steuer-)Betrug nicht mehr toleriert werden. Die Skandalisierung in der Medienöffentlichkeit schreckt die Täter ab und stabilisiert den sozialen Zusammenhalt. Denn Schadenfreude ist die schönste Freude, besonders, wenn sie den Mächtigen gilt. Unangenehm sind aber Scheinheiligkeit und Heuchelei der Debatte. Niemand ist bekanntlich ohne Schuld. Daher sollte man die puritanische Correctness-Prüderie nicht übertreiben. Hier helfen mehr Gelassenheit und bodenständige katholische Sündenvergebung. In der Bibel heißt es: Im Himmel ist mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. Dass bedeutet für die Sünder konkret: Alles beichten, Demut und Reue zeigen, Buße tun und Besserung geloben. Dann kann verziehen werden, und die öffentliche Hysterie hat ein Ende.

Und führe uns nicht in Versuchung. Die Steuersätze der Wohlhabenden wurden in den letzten zehn Jahren gesenkt. Und das, obwohl ihre Einkommen gestiegen sind, anders als beim Normalbürger. Daher spricht nichts dagegen, Steuerhinterziehung konsequenter zu bestrafen. Die strafbefreiende Selbstanzeige könnte auf kleinere Vergehen beschränkt werden. Für die Altfälle sollte man sie aber erhalten und diese mit Augenmaß abarbeiten, mit Rücksicht auf die anderen Verhältnisse, die früher herrschten.

Alle Steueroasen auszutrocknen, ist sicher nicht leicht. Aber da die nationalen Finanzverwaltungen zunehmend zusammenarbeiten, wird die Steuerflucht immer schwerer. Gerade haben die G20-Staaten beschlossen, demnächst Steuerdaten automatisch auszutauschen. Bei der deutschen Finanzverwaltung behindert die Kleinstaaterei eine effektive Steuererhebung, da die Länder nicht zuletzt wegen der Umverteilung der Einnahmen im Finanzausgleich zu wenig Interesse an einer effektiven Steuererhebung haben. Hier wäre eine einheitliche Steuerverwaltung durch den Bund hilfreich.

Das komplizierte Steuerrecht und die hohen Steuersätze werden das Problem erhalten. Daran lässt sich aber kaum etwas ändern, wie die intensive Debatte vor zehn Jahren gezeigt hat. Grundlegende Steuerreformen sind enorm schwer durchzusetzen, da die Interessengruppen auf ihren Privilegien bestehen. Deutliche Steuersenkungen reißen große Löcher in die öffentlichen Haushalte. Und selbst bei einem Spitzensteuersatz von nur 25 Prozent wird es sich immer noch lohnen, Einkommen in das niedriger besteuerte Ausland zu verlagern oder mit dem Finanzamt über einzelne Regelungen zu streiten.

Trotzdem wäre es wichtig, dass sich die Politik mehr bemüht, das Steuerrecht zu entrümpeln. Ebenso könnte mehr getan werden, um die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen. Denn wenn den Bürgern signalisiert wird, dass es bei der Besteuerung gerechter zugeht und die Steuer-gelder sinnvoll verwendet werden, sind sie auch eher bereit, hohe Steuerbelastungen zu akzeptieren.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Jochen Diekmann

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.